

# Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2978) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahres-Abonnement M. 2.60.

Stuttgart  
Mittwoch den 16. Januar  
1901.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachs-Straße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

## Inhalts-Verzeichniß.

Nothwendige Ergänzung. I. — Fürsorge der Gemeinden für Mütter und Kinder. Von Dr. Kurt Freudenberg. — Aus der Bewegung. — Die Weihnachtsfeier der Hamburger „vaterlandslosen Gesellen“. — Feuilleton: Ein Dienstoffroman.

Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Familienrecht. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Nachtrag zu den Adressen.

## Nothwendige Ergänzung.

I.

Wie dringend nothwendig und von welch' unendlicher Bedeutung für das weibliche Proletariat, ja für die gesammte Arbeiterklasse und die ganze Nation der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen und ihr Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ist, das haben wir wieder und wieder eingehend dargelegt. Gesetzgebung und Gewerkschaft zusammen, einander ergänzend und fördernd, müssen eingreifen, um dem ausbeutenden Kapital bei seiner gewissenlosen Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft gewisse Schranken zu ziehen, die geboten sind durch die Rücksicht auf das lebendige Menschenthum, das an der verkauften Arbeitskraft hängt und ein Recht auf Beachtung, auf Entfaltung und Bethätigung hat; die geboten sind durch die Rücksicht auf die Besonderheiten des weiblichen Organismus und die Sonderaufgaben der Frau als Gattin und Mutter. Denn von seiner unstillbaren, maßlosen Profitgier gepackt, rennt das Kapital diese Schranken nieder, ohne sich auch nur einen Deut um die entsetzlichen Folgen zu kümmern, die über die Arbeiterin, ihre Kinder und ihr Familienleben hereinbrechen, das Proletariat in seinen gegenwärtigen und zukünftigen Interessen schwer gefährden und damit die gesammte Gesellschaft schädigen.

Aber so unerlässlich und werthvoll all die Verbesserungen sind, welche die Macht des Gesetzes und die Macht der Gewerkschaft zu Gunsten der Arbeiterin zu erzielen vermögen, sie allein sind noch nicht ausreichend, um die Interessen der proletarischen Frauenwelt in der heutigen Gesellschaft wirksam zu wahren. Die Verhältnisse, in denen die Proletarierin lebt und webt, heischen gebieterisch, daß diese nicht bloß als werthschaffende Arbeitskraft in ihrer Erwerbsthätigkeit gegen die kapitalistische Ausbeutung geschützt wird, sondern daß sie auch in ihrer Eigenschaft als Mutter und Hausfrau durch geeignete Reformen und Einrichtungen weitreichende Unterstützung und Förderung erfährt. Wir stehen der Thatsache gegenüber, daß die werkschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in immer größerem Umfang zur Berufsthätigkeit der Frau führt. Die Industrie ergreift einen Zweig der früheren produktiven weiblichen Thätigkeit in der Familie nach dem anderen, verlegt ihn aus dem Hause in die Fabrik oder Werkstatt, entwindet ihn der Frau, dem häuslichen Universalhandwerker, und überträgt ihn an bestimmte Berufsarbeiter. Nach dem Spinnen, Weben und Färben das Einmachen von Obst und Gemüse, das Stricken der Strümpfe, das Nähen der Kleider zc. Das niedrige Einkommen der proletarischen Familie, der wachsende wirtschaftliche Verfall der mittel- und kleinbürgerlichen Schichten verhindern, daß die freigewordenen weiblichen Arbeitskräfte auf eine produktive

Thätigkeit außerhalb des Hauses verzichten und sich ausschließlich der Sorge für eine behaglichere und sittlich reichere Ausgestaltung des Familienlebens und der Pflege der Kinder widmen. Schaaren von Frauen werden als Arbeitsuchende, als Brotsuchende auf den Markt getrieben. Die technische Entwicklung und steigende Leistungsfähigkeit der Arbeitsmittel, der Kraft- und Werkzeugmaschinen, die Fortschritte der Arbeitsverfahren ermöglichen eine zunehmende Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in Industrie und Gewerbe, in Handel und Verkehr. Der „heilige Goldhunger“ der Kapitalisten verlangt nach billigsten und widerstandsschwächsten Lohnsklaven und bedingt, daß die Frau immer mehr nicht bloß neben dem Manne Beschäftigung findet, sondern statt seiner. Die Familie hört in der Folge immer mehr auf, ein wirtschaftliches Ganze zu sein, in dem die Frau zum unmittelbaren Gebrauch der Angehörigen produktive Arbeit leistet. Die nöthigen Gebrauchsartikel werden außerhalb des Hauses erzeugt und müssen gekauft werden. Damit wird für die Frau die Nothwendigkeit geschaffen, durch produktive Arbeit außerhalb des Hauses für ihren Unterhalt aufzukommen und ihr Theil zur Existenzmöglichkeit der Familie beizutragen.

Allein die geltende Ordnung der Dinge bewirkt, daß die werthschaffende, erwerbende Berufsthätigkeit der Frau nicht bloß ergänzend neben das Wirken in der Familie und für die Familie tritt und diesem sein volles Recht werden läßt. So lange die Arbeit nicht frei ist, steht der todte Besitz über den lebendigen Menschen, unterwirft ihn seinen Gesetzen und verknechtet ihn. Der Gegensatz zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten, der durch die Jagd nach Profit entfesselte Kampf Aller wider Alle bedingen, daß die Berufsthätigkeit der Frau — wie die des Mannes — nicht bloß eine bestimmte, eng begrenzte Summe der Kräfte aufsaugt und verzehrt, vielmehr den größten und besten Theil derselben. In unseren Tagen dient der Beruf weniger dem Menschen, als daß der Mensch dem Berufe dienen muß. So wird auch die Frau durch die ungeschriebenen, aber ehernen Gesetze des Wirtschaftslebens gezwungen, ihr Sein und Thun der Berufsthätigkeit unterzuordnen, will sie sich im Konkurrenzkampf behaupten und nicht von „Leistungsfähigeren“, die sehr oft nur die Skrupelloseren sind, verdrängen lassen. Für die berufstbätige Proletarierin, die durch ihre produktive Arbeit zur Lohnsklavin wird, verschärft die kapitalistische Ausbeutung die aufgezeigten, geltenden Tendenzen aufs Aeußerste.

Wohl bedeutet es eine Ersparniß an Zeit und Kraft, wohl bedeutet es eine höhere Ergiebigkeit der Arbeit, daß die Frau nicht mehr mit den armseligen Arbeitsmitteln der großväterlichen Zeit schafft, sondern mit den modernen vollkommenen Werkzeugen. Aber die Vortheile der Veränderung mehren in der Hauptsache nur den Reichthum des Arbeitsherrn, sie kommen nicht der Arbeiterin, nicht ihrer Familie zu Gute. Nicht behäbiger Wohlstand zieht in die proletarische Familie ein, und statt daß eine körperlich und geistig frische Hausfrau mehr Zeit und Sorgfalt auf die gesunde und angenehme Ausgestaltung des Heims, die Pflege des Familienlebens, die Erziehung der Kinder zu verwenden vermöchte, ist die abgehegte, überanstrengte Lohnsklavin gezwungen, den Ihrigen auch das Nothwendigste an Fürsorge zu schmälern und zu entziehen.

Dazu noch eins. Die Dürftigkeit des proletarischen Einkommens schließt es aus, daß die proletarische Hausfrau, der bürgerlichen Dame gleich, sich alle Vortheile und Einrichtungen dienlich macht, welche in unseren Tagen die Haushaltsgeschäfte verein-

fachen und erleichtern können. Kein Telefon nimmt ihr Bestellungen und Einkäufe ab. Kein Wirthschaften aus vollem Beutel ermöglicht den Einkauf im Großen und das Zustellenlassen der Waaren durch die Lieferanten; nur zu oft muß ja pfennigweise und auf Borg eingeholt werden. Die proletarische Miethskaserne hat fast nie Zentralheizung und Zentralbeleuchtung, günstig genug, wenn sie mit Wasserleitung versehen ist. Die Küche — falls eine solche vorhanden — ermangelt vielfach des Kochgases und anderer arbeitssparenden Einrichtungen, die in „besseren Häusern“ für selbstverständlich gelten. Die proletarische Hausfrau ist ferner außer Stande, die häuslichen Arbeiten, die Pflege und Erziehung der Kinder auf Miethspersonen abzuwälzen. Keine Köchin, kein Zimmermädchen, keine Amme und keine Erzieherin nehmen ihr die Aufgaben ab. Zweierlei sind die Folgen der geschilderten Zustände. Die Proletarierin wird zur steten Ueberspannung ihrer Kräfte angepornt. Durch Doppelpflichten belastet kennt sie keine Minute der Ruhe, der Erholung; dem Arbeitstag reiht sich die Arbeitsnacht an. Eine vorzeitige Erschöpfung der Gesundheit und Lebenskraft ist unausbleiblich. Und das ist leider noch nicht alles. Trotz der übermenschlichen Anstrengung vermag die Proletarierin den Aufgaben in der Familie, zumal aber den Kindern gegenüber, nicht zu genügen. Kaum daß sie die größten wirthschaftlichen Arbeiten bewältigt: das Scheuern, Waschen, Flickern, Kochen, die Sorge für der Kinder leibliche Nahrung und Nothdurft. Gerade aber die tieferen und wichtigsten Aufgaben der Gattin und Mutter leiden Noth. Es mangelt an Zeit, Ruhe und Behaglichkeit, um durch Gedankenaustausch mit dem Manne, um durch eingehende Beobachtung und verständnißvolle Leitung des erwachenden kindlichen Geistes dem Familienleben seinen ganzen reichen Inhalt zu geben, ihm seine edelsten und beglückendsten Seiten abzugewinnen, es zu einer starken, gefestigten geistigen und sittlichen Einheit zu gestalten. Am tiefsten und nachhaltigsten leiden darunter die hilfsbedürftigsten Glieder der Familie, die Kinder. Der Tod Tausender von Kleinen, das Verkommen anderer Tausende sind des Zeuge.

Gewiß, daß der gesetzliche Arbeiterinnenschutz und die gewerkschaftliche Organisation an den aufgezeigten Mißständen Manches, ja Vieles zu bessern vermögen. Aber doch nicht genügend. Ergänzend muß neben die Aktion der Gesetzgebung und der Gewerkschaft diejenige der Gemeinde treten. Die Gemeinde muß Reformen und Einrichtungen schaffen, welche der Proletarierin, der erwerbsthätigen Frau unmittelbar als Hausfrau zu Gute kommen. Es gilt auch dieser alle Einrichtungen nutzbar zu machen, welche die Führung des Haushalts vereinfachen und erleichtern. Es gilt größeren Betrieben wirthschaftliche Arbeiten und Aufgaben zu überweisen, welche hier vortheilhafter — mit Ersparniß an Zeit, Kraft, Mitteln und in besserer Qualität — geleistet werden können, als in dem ärmlichen proletarischen Einzelhaushalt. Es gilt Einrichtungen ins Leben zu rufen beziehungsweise auszugestalten, welche der Fürsorge für die Kinder der erwerbsthätigen Frauen dienen, ihnen Pflege, Unterhalt, Ueberwachung, Erziehung in den Tagesstunden bieten, wo die Familie sich ihrer nicht genügend annehmen vermag.

Damit aber sind die Maßregeln kommunaler Sozialpolitik zu Gunsten der Proletarierin als Hausfrau und Mutter keineswegs erschöpft, wie wir in einem folgenden Artikel zeigen werden.

## Fürsorge der Gemeinden für Mütter und Kinder.\*

Von Dr. Kurt Freudenberg.

Die hygienischen Aufgaben der Gemeinden, welche gleichzeitig soziale Aufgaben darstellen, betreffen in erster Linie die Fürsorge für die Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Der

\* Aus dem Referat, das Genosse Dr. Kurt Freudenberg auf der zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg (Berlin 27. Dezember) gehalten hat über: „Die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiet der Gesundheitspflege.“ Bei der ungeheuren Wichtigkeit, welche die Fürsorge für Mütter und Kinder nicht bloß für die Beschäftigten zukommt, sondern auch für die gesamte Gesellschaft, in erster Linie aber für das Proletariat, geben wir den einschlägigen Theil des Vortrags — mit gütiger Erlaubniß des Genossen Dr. Freudenberg — ausführlich, nach dem Wortlaut des demnächst erscheinenden Protokolls der Konferenz wieder. D. R. d. G.

Gemeinde wird diese Fürsorge zweckmäßiger Weise deshalb überwiesen, weil die Lösung der hierher gehörigen Aufgaben eine verschiedene sein muß je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung am Orte. In den für uns in Betracht kommenden Gemeinden mit starker Industriearbeiterbevölkerung leben stets in größerer Zahl alleinlebende Frauen und Mädchen, die ausschließlich auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Diese gerathen, wenn eine Schwangerschaft ihnen die Erwerbsfähigkeit raubt, in die größte Noth. Mit als ein Zeichen dieser Nothlage kann es wohl gelten, daß unter 70 in Kiel sezirten Selbstmörderinnen sieben, also 10 Prozent Schwangere waren. Gegen diesen Nothstand geschieht so gut wie nichts. In Berlin bestehen zwei Wohlthätigkeitsvereine, die im Jahre etwa 100 Schwangere aufnehmen. Eine kleine Anzahl Schwangerer finden dann noch als sogenannte „Hauschwangere“ Aufnahme in den beiden Universitäts-Entbindungsanstalten, die anderen können sehen, wo sie bleiben. So kommt es dahin, daß hier in Berlin im Jahre 1896 160 Schwangere die letzte Nacht vor ihrer Entbindung im städtischen Obdach zubringen und von dort nach der Entbindungsanstalt transportirt werden mußten und 13 Mädchen sogar im Obdach selbst niederlamen. Hier muß die Gemeinde eingreifen; sie muß Heimstätten für Schwangere schaffen, in denen diese in Ruhe ihrer Entbindung entgegensehen können. Daneben müssen auch kommunale Entbindungsanstalten geschaffen werden. Das ist nicht bloß im Interesse der unehelich Gebärenden notwendig, sondern leider zwingt die soziale Noth und die zunehmende Verschlechterung der Arbeiterwohnungsverhältnisse auch so manche Frau, zur Entbindung die Anstalt aufzusuchen. 1891/92 waren von 5854 in den Universitätsanstalten Preußens Entbundenen nur 4815 oder 82,3 Prozent ledig, die übrigen verheirathet. Schließlich kann in großen Gemeinden auch die Wöchnerin der Fürsorge der Gemeinde nicht entbehren, denn die Unterstützung der Krankenkassen reicht auch nicht entfernt aus. Die Schaffung von Wöchnerinnenheimen seitens der Gemeinde würde auch keineswegs unerschwingliche Kosten machen. In einer kleinen Privatanstalt dieser Art, dem „Kaiserlichen Kinderheim in Gräbichen-Breslau“, betragen durchschnittlich 1899 die Verpflegungskosten pro Kopf und Tag 53 1/2 Pfennig und die Gesamtkosten des 3 1/2 wöchentlichen Aufenthaltes von Mutter und Kind machten etwa 48 Mk. Für Berlin würden danach bei der höchsten überhaupt denkbaren Inanspruchnahme solcher Anstalten die laufenden Kosten kaum mehr als 144 000 Mk. pro Jahr betragen. Von 1 177 209 Kindern wurden aber 1891 in Preußen nur 11 217 — also nicht ganz 1 Prozent — in Entbindungsanstalten geboren. Obgleich zweifellos diese Zahl wesentlich steigen würde, wenn mehr Anstalten vorhanden wären, so würde sicher auch dann die weitaus überwiegende Mehrzahl der Geburten im Privathaus vor sich gehen. Unser Erfurter Programm fordert ja nun die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe. Aber ob diese Forderung an die Gemeinde zu richten, erscheint fraglich. Das zu gewähren muß wohl mehr Sache des Staates sein. Dagegen sind uns württembergische Städte — Cannstatt, Stuttgart u. a. — in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen, daß sie den Hebammen die sogenannten „Notharzneimittel“ (Desinfektionsstoffe, Verbandstoffe etc.) für die Entbindungen bedürftiger Frauen unentgeltlich gewähren. Das ist eine verständige Maßregel, die wohl geeignet ist, z. B. die immer noch viel zu hohe Sterblichkeit an Kindbettfieber herabzudrücken. Auch die leider noch zu häufigen Erkrankungen der Neugeborenen an Augeneriterung — die gar nicht selten zur Erblindung führt — könnte dadurch eingeschränkt werden. Diese Maßregel ist deshalb gerade auch für Landgemeinden geeignet, weil in diesen die Sterblichkeit an Kindbettfieber eine verhältnißmäßig wesentlich höhere ist als in den Städten. Die Kosten können nur minimale sein, denn sie betragen durchschnittlich für die Entbindung kaum mehr als 2 Mk.

So lange die öffentlichen Krankenanstalten nicht soweit vermehrt und verbessert sind, daß alle Frauen, die zu Hause der wünschenswerthen Pflege entbehren, unbedenklich zu ihrer Entbindung die öffentlichen Entbindungsanstalten aufsuchen können, so lange wird auch für die unter solchen Verhältnissen doch zu Hause entbindenden Frauen durch Anstellung von Gemeinde-Wochenpflegerinnen Fürsorge zu treffen sein. Auch diese Forderung ist namentlich für die Landgemeinden von Wichtigkeit, da hier ja an die Errichtung von Entbindungsanstalten überhaupt noch nicht zu denken sein wird.

Nicht nur Frauen der Arbeiterbevölkerung in den großen Städten, sondern auch den Kindern, und namentlich denen des ersten Lebensjahres, den Säuglingen, müssen die Gemeinden ihre Fürsorge zuwenden. Zahlenmäßig läßt sich diese Nothwendigkeit beweisen. In den Jahren 1873 bis 1882 starben z. B. in Berlin von 1000 Geborenen durchschnittlich 333,1 im ersten Lebensjahr, im ganzen preussischen Staate dagegen nur 240,4, also erheblich weniger. Das

liegt nicht am „Stadtgift“, sondern an den sozialen Verhältnissen. Unzweifelhaft wird das bewiesen durch einen Vergleich der Kindersterblichkeit in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Von den in souveränen Häusern 1850 bis 1870 geborenen Kindern starben im ersten Lebensjahr nur 7,8 Prozent. Dagegen betrug in Preußen 1886 bis 1892 die Säuglingssterblichkeit in Familien von

Personen des stehenden Heeres . . .	15,39 Prozent
Öffentlichen Beamten . . .	16,59 „
Und weiter Diensthofen, Gesinde . . .	30,00 „
Almosenempfängern . . .	36,37 „

Auch eine Vergleichung der Säuglingssterblichkeit in verschiedenen Theilen derselben Stadt lehrt die Bedeutung der sozialen Verhältnisse. Es starben 1897 in Berlin im ersten Lebensjahr von 1000 Geborenen in der überwiegend von Wohlhabenden bewohnten Friedrichstadt 148, auf dem Wedding, also in einer ausgesprochenen Arbeitergegend 293, also nahezu doppelt so viel. Die „künstliche Ernährung“ der Säuglinge ist es, die diese Steigerung der Säuglingssterblichkeit herbeiführt, indem sie an die hygienischen Kenntnisse, die Zeit und den Geldbeutel der Mutter Anforderungen stellt, denen das Proletariat nicht gewachsen ist. 1896 starben in Berlin von 1000 Kindern durchschnittlich pro Monat 5,66 bei Brustnahrung und 32,89 bei Kuhmilchnahrung. „Wenn alle Kinder die Sterblichkeit der Brustmilchkinder gehabt hätten, würden demnach nur 46,82 statt 194,05 Promille an Sterbefällen eingetreten sein.“ (Statistisches Jahrbuch.) Deshalb muß es das Bestreben der Gemeinde sein, allen körperlich zum Stillen fähigen Müttern die soziale Möglichkeit dazu zu gewähren. Die Wöchnerinnenheime erfüllen gleichzeitig auch diesen Zweck, und zwar für die ersten vier bis sechs Wochen, die gefährlichste Zeit des kindlichen Lebens. Man muß aber den weiteren Anspruch an die Gemeinde erheben, daß sie während der ganzen Säuglingsperiode, also während neun Monaten, die Mütter unterstützt. Aehnlich, wie die Gemeinde Berlin eine „Beschäftigungsanstalt für Blinde“ geschaffen hat, sollten die Gemeinden auch Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter schaffen und es so diesen ermöglichen, ihren Erwerb zu finden, ohne daß deshalb dem Kinde seine natürliche Ernährung entzogen werden muß. Es ist gewiß keine kleine Aufgabe, solche Anstalten in genügendem Umfang zu schaffen, aber das Ganze ist doch mehr eine Frage der Organisation, als daß es materielle Aufwendungen erfordert. Diese Frauen sind durchaus arbeitsfähige und arbeitskräftige Personen. Die Gemeinde Berlin z. B. könnte, wenn sie den Bedarf an Wäsche und Kleidung für die Waisenhäuser, die Krankenanstalten u. s. w. — für über 800 000 Mk. im Jahre — in eigener Regie herstellte, dabei allein schon eine ganze Masse dieser Frauen unterbringen.

Es werden aber doch immer Mütter vorhanden sein, die z. B. wegen körperlicher Untauglichkeit zum Stillen, ihre Kinder mit der Flasche aufziehen. Auch von diesen Frauen wird ein großer Theil dem Erwerb nachgehen müssen und nicht in der Lage sein, für ausreichende anderweitige Abwartung der Kinder zu sorgen. Für solche Kinder bestehen heutzutage, von der Privatwohltätigkeit — vielfach der Kirche — ins Leben gerufen, die sogenannten Krippen, welchen alle Schattenseiten solcher Wohltätigkeitsinstitute anhaften; ihre Zahl genügt dem Bedürfnis nicht, ihre Einrichtung entspricht nicht den Anforderungen der Hygiene und daneben ist dann womöglich noch allerlei Brimborium damit verknüpft, welches zu dem vorgeblich humanitären Zwecke nicht paßt und der Hygiene geradezu ins Gesicht schlägt. Ich erwähne in letzterer Beziehung z. B., daß in einer hiesigen Krippe, die von einer evangelischen Gemeinde errichtet ist, von den unehelichen Müttern ein höheres Kostgeld verlangt wird, als von den verheiratheten. Größtentheils in Folge dieser Beschaffenheit der heutigen Krippen sind denn auch die Sterblichkeitsverhältnisse in denselben theilweise recht ungünstige, so daß ernsthaft in medizinischen Kreisen die Frage erörtert wurde, ob die Errichtung solcher Anstalten überhaupt zweckmäßig ist. Man wird schließlich aber doch dem hiesigen Kinderarzt Dr. Neumann darin beistimmen müssen, daß die Krippen zwar nur „ein Nothbehelf“, aber doch dort, wo Erwerbsthätigkeit der Mutter außerhalb des Hauses notwendig ist, „die einzig mögliche Lösung“ sind. Die möglichst vollkommene Einrichtung, die deshalb gerade zu fordern ist, können nur die Gemeinden, nicht die kümmerlichen Mittel der Privatwohltätigkeit garantiren.

Es bleiben endlich noch die Kinder übrig, deren Mütter wohl die Zeit und die Arbeit, nicht aber die Mittel aufwenden können, welche die Aufziehung des Kindes mit der Flasche erfordert. Auch hier müßte die Gemeinde eingreifen. Oft wird das auf dem Wege der Armenunterstützung geschehen müssen. Gerade mit Rücksicht auf die ungeneigere Kindersterblichkeit ist deshalb die Annahme so überaus thöricht, daß die Mutter, sofern sie arbeitsfähig ist, ein Kind allein durchbringen kann, und daß daher für ein Kind in der Regel

kein Pflegegeld zu gewähren ist. Bei den unehelichen Kindern, deren Sterblichkeit noch über doppelt so groß ist als die der ehelichen, muß die Waisenverwaltung unmittelbar nach der Geburt feststellen, ob ein Nothstand vorhanden ist und dann sofort das Nöthige versetzen, sie darf nicht, wie heute, erst warten, bis sie angerufen wird. Denen, welche jede Form der Armenunterstützung zurückweisen würden, könnte die Gemeinde helfen, indem sie den Bezug guter Milch zu billigen Preisen erleichtert. Gerade das wird schon in der allernächsten Zeit für die Brandenburger Gemeinden zu einer sehr wichtigen Aufgabe werden. Rüsten sich doch die Agrarier unserer Provinz soeben zu einem neuen Beutezug auf die Taschen des Proletariats, indem sie zum Brot- und Fleischwucher als dritten den Milchwucher gesellen wollen. Daneben müßten den Eltern dieser Püppelkinder die zur Pflege nöthigen Apparate — Waagen, Kochgeschirre — gegen geringes Entgelt käuflich oder leihweise überlassen werden. Endlich sollte durch gedruckte Anweisungen, die bei der Meldung der Geburt auf dem Standesamt verabsolgt werden, oder durch unentgeltliche ärztliche Vorträge allen Müttern die nöthige Belehrung über die Säuglingspflege zu Theil werden.

Für die größeren noch nicht schulpflichtigen Kinder können Anstalten, ähnlich den heutigen Kinderbewahranstalten oder Spielschulen nicht entbehrt werden, die von der Gemeinde zu errichten sind.

Im Interesse der schulpflichtigen Kinder fordern wir Schulärzte, Schulbäder und hygienisch einwandfreie Schulräume. Auch die Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder würde in hygienischer Beziehung eine Großthat ersten Ranges sein. Für die großstädtischen Kinder, die zwischen fünfstöckigen Miethskasernen aufwachsen, die in einem Gewirr von elektrischen Wagen, Droschken vielfach ohne Ueberwachung durch Erwachsene sich ihre Unterhaltung und Erholung suchen müssen, sind noch andere Maßnahmen erforderlich. Kinderhorte müssen außerhalb der Schulstunden die elterliche Aufsicht ersetzen. Auch während der Ferien ist eine entsprechende Fürsorge notwendig. Dabei ist natürlich besonderer Nachdruck auf Spiele im Freien (auf Schulhöfen, Spielplätzen), Spaziergänge, Baden, Schlittschuhlaufen u. s. w. zu legen. Für die Kranken oder besonders schwächlichen Kinder ist außerdem während der Ferien die Unterbringung in Ferienkolonien erforderlich.

Es braucht wohl eigentlich gar nicht hervorgehoben zu werden, daß vorzugsweise im Interesse der kindlichen Gesundheit auch ein absolutes Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder erforderlich ist. Wo die Gemeinden die Polizeihöhe haben, sollten sie es nicht unterlassen, von derselben in diesem Sinne Gebrauch zu machen.

Unsere Thätigkeit auf diesem Gebiet wird die kulturfördernde Thätigkeit unserer Partei im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien von Neuem beweisen.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Im Auftrag des Fabrikarbeiterverbandes (Gau 11) hielt Genossin Tröger-Offenbach in der Zeit vom 24. November bis 3. Dezember des letzten Jahres in folgenden Orten Versammlungen ab: Ohrdruf, Stuhhaus-Schwarzwald, Arnstadt, Stadt-Ilm, Gotha, Kassel, Eschwege und Münden. Eine Versammlung, die in Sonneborn stattfinden sollte, mußte leider ausfallen, da kein Lokal zu erhalten war. Die Versammlungen waren mit Ausnahme einer einzigen — der zu Gotha — gut besucht. Der schwache Versammlungsbefuch in der genannten Stadt lag wohl viel daran, daß das gewählte Lokal sehr abgelegen ist. Genossin Tröger behandelte das Thema: „Der Kampf der Arbeiter ums Dasein und die Organisation.“ Ihre beifällig aufgenommenen Ausführungen führten dem Verband der Fabrikarbeiter und anderen Gewerkschaften neue Mitglieder zu. Der genannten Organisation traten mehr als 70 Arbeiter und Arbeiterinnen bei, 20 Arbeiter der Handschuh- und Schuhbranche und 12 Porzellan- und Textilarbeiter organisierten sich. In Stuhhaus-Schwarzwald beschloß der Verein der Waldarbeiter, sich dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen, da sich den Mitgliedern die Erkenntnis aufgedrängt hat, daß die Lokalorganisation nicht genügend Kraft besitzt, die Lebenslage der Arbeitenden zu verbessern. — In Kassel und Eschwege fand außer der gewerkschaftlichen noch je eine Versammlung statt, in der Genossin Tröger über „Das Recht der Frau in der heutigen Gesellschaft“ sprach. Die Resolution der Genossinnen, den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz betreffend, gelangte hier zur Annahme, auch wurden in Kassel der Parteiorganisation mehr als 20 neue Mitglieder zugeführt. Hoffen wir, daß die gewonnenen Kämpfer und Kämpferinnen der gewerkschaftlichen Organisation wie der Partei treu bleiben, und daß die Begeisterung, welche fast durchweg in den Versammlungen herrschte, auch stets dann vorhanden sein möge, wenn

es gilt, für die Interessen der Arbeitsbrüder und Arbeitsschwester opferbereit einzutreten.

C. T.

In Königsberg i. Pr. fand Ausgang des vergangenen Jahres unter dem Vorsitz der Genossin Nowagroski eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genosse Gottschalk referierte über „Frauenfrage und Sozialismus“. Die Versammlung nahm einstimmig die Resolution an, den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz betreffend.

**Von der Organisation.** In Wilmersdorf bei Berlin wurde Genossin Behrend in öffentlicher Versammlung als Vertrauensperson gewählt. In Köln a. Rh. wählte eine öffentliche Parteiversammlung Genossin Zeise als Mitglied der Agitationskommission. Genossin Zeise gehörte derselben bereits im vorigen Jahre an, ihre Wiederwahl ist ein ehrenvolles Zeugnis für ihre Thätigkeit. Was die Agitation unter den Frauen betrifft, so fallen Genossin Zeise die nämlichen Aufgaben zu, welche in anderen Orten die Vertrauenspersonen der Genossinnen zu leisten haben.

### Die Weihnachtsfeier der Hamburger „vaterlandslosen Gesellen“

Alle gewaltigen, folgenschweren Kämpfe, die im letzten Jahrzehnt von der Hamburger Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete ausgefochten wurden, und die weit über die Grenzen der Stadt hinaus nicht nur das Interesse des gesamten Proletariats, sondern das der ganzen Bevölkerung aufgepeitscht und wachgehalten haben, sind heraufbeschworen worden von dem bekannten Terrorismus, der Prozenhaftigkeit und Willkür der vereinigten Hamburger Schlotbarone, ihrer Sucht nach absoluter Herrschaft, die dem Machtgelüste der berüchtigsten Sklavenhalter alle Ehre machen würde. Der machtvolle Unternehmerklüngel war von der Hoffnung und dem heißen Wunsche beseelt, durch diese Kämpfe den so gehähten Arbeiterorganisationen das Lebenslicht auszublauen oder sie mindestens bedeutend zu schwächen. Auch die Aussperrung der Tausende von Werstarbeitern im August und September des letzten Jahres stellt ein Blatt aus dem Schuldbuch der profitstolzen, machtstolzen Herren dar. Dabei war ihnen keine Lüge zu groß, keine Verleumdung zu schmachvoll, um die öffentliche Meinung irrezuführen und die Werstarbeiter als „vaterlandslose, ehrlose Gesellen“ zu brandmarken. Heute, drei Monate nach der offiziellen Beendigung der Aussperrung, ist noch eine stattliche Anzahl Arbeiter beschäftigungslos und zwar meist Familienväter mit je 2, 4, 7, 9 und mehr Kindern. Sie alle hätten ein gar trauriges

Weihnachten gehabt; statt des angenehmen durchwärmten, vom Tannenbaum hellerleuchteten Zimmers, eine kahle, kalte Kammer, aus der alles nur irgend Entbehrliche und Werthvolle ins Pfandhaus gewandert; statt der üblichen Geschenke und Aufmerksamkeiten am „Fest der Liebe“ vielleicht nicht einmal ein Stück Brot, dem grimmen Hunger zu wehren, hätte nicht die organisierte Arbeiterschaft Hamburgs sich ihrer angenommen. Die Hamburger Genossinnen, die gern helfen wollten, waren nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschlus gekommen, die Hamburger Arbeiterschaft aufzurufen, der Ausgesperrten und ihrer Kinder zu gedenken. Zwei diesbezügliche Aufrufe, unterzeichnet von den Genossinnen Kähler, Steinbach und Zieh, erschienen acht Tage vor Weihnachten im „Hamburger Echo“. Im Anschluss an die Aufforderung, für die Opfer kapitalistischer Willkür zu spenden, wurde in ihnen darauf hingewiesen, daß organisierten Arbeitern der Weg zur Armenverwaltung doch zu schwer werde. Die Arbeiterschaft reagierte auf den Aufruf in so großartiger Weise, daß den Ausgesperrten ein prächtiges Weihnachtsfest bereitet werden konnte. kamen doch in kaum einer Woche über 3000 Mark zusammen, dazu noch eine Fülle von Kleidungsstücken, Spielsachen, Nahrungsmitteln und Anweisungen auf solche, sowie Anweisungen von Schuhmachern auf „Dichtung“ von Schuhwerk. Am Sonntag den 23. Dezember fand im Hamburger Ballhause die eigentliche Feier statt, die sich zu einem Familienfeste im schönsten Sinne des Wortes gestaltete. Um lange, weißgedeckte Tische in der Mitte des Saales, an dessen oberem Ende der herrliche Tannenbaum in schönstem Schmuck und hellstem Lichterglanz erstarrte, grupperten sich die Ausgesperrten mit „Kind und Kegel“. Schon während des Kaffees, den der Wirth generös spendete, und der den Festtheilnehmern von Genossinnen gereicht ward, waren die sehnsüchtigen Blicke des kleinen Volkes auf den Baum gerichtet, der ihm zum Schluß der Feier unter allgemeinem Jubel zur „Plünderung“ übergeben ward. Ein stimmungsvolles Lied, vorgetragen vom „Gemischten Chor der freien Volksbühne“, leitete die Feier ein, worauf die Genossinnen Steinbach, Zieh und Kähler kurze, aber warmempfundene Ansprachen an die Anwesenden hielten. Genossin Steinbach wies darauf hin, daß es nicht Almosen seien, was die Genossen hier empfangen, daß vielmehr die Hamburger Arbeiterschaft in den Ausgesperrten die Helden der Arbeit ehre, die in schwerer Zeit treu zur Organisation gehalten. Wären allerdings all die Tausende und Abertausende von Hamburger Arbeitern organisiert, so würden diese Opfer nicht nothwendig gewesen sein, denn dann hätte kein Blohm und Böß es gewagt, Arbeitern eine solche Behandlung angedeihen zu lassen. Sich an die Frauen wendend, gab Genossin Steinbach der

### Ein Diensthofenroman.

ae. In den Kreisen der Parteigenossen hat der Name Klara Viebig einen guten Klang. Ihre „Rheinlandstöchter“, ihr „Weiberdorf“ und manche ihrer prächtigen Eifelnovellen sind durch einen großen Theil der Arbeiterpresse gegangen. Nicht weil die Romane und Erzählungen von Frau Viebig parteipolitischen oder sozialistischen Geist athmen, nein, davon haben sie nichts — aber Frau Viebig erfährt die Verhältnisse, Menschen und Dinge mit starkem Blicke und giebt sie wieder mit frischem Wahrheitsmuth, und Frau Viebig ist eine Dichterin, denn nur eine solche vermag das Naturleben so liebevoll aufzufassen, vermag die Tragik wie den Humor im Menschen-dasein so ergreifend zu gestalten, wie wir es in Frau Viebig's Werken finden. Das sind Gaben, die erkannt und schätzen gelernt zu haben der Arbeiterpresse, die sich nicht durch Modenamen, durch literarisches Kliques- und Klüngelwesen bestechen läßt, zur Ehre gereicht. Und für Frau Viebig ist diese Werthschätzung ihrer Erzeugnisse seitens der Arbeiterpresse ebenso ehrend, wie es für sie die Hebe ist, die seitens der ultramontanen lex Heinzemänner gegen sie veranstaltet wurde, weil sie es in ihrem „Weiberdorf“ gewagt hat, die Bewohner der frommen katholischen Eifel so zu schildern, wie sie sind: nicht als die legendenhafte Unschuld vom Lande, sondern als Menschen mit guten, aber auch schlechten Eigenschaften, als Wesen, die unter dem einfachen und gläubigen Aeußern sündhafte Begierden, zügellose Lüste und nicht selten auch verbrecherische Triebe mit sich herumführen. Das aber darf die Welt nicht wissen, denn wo bleibe der Ruf von der „sittigenden Macht der Kirche“, die in jenen Gegenden Herzen und Sinne der Menschen lenkt von Anbeginn bis zum Ende ihres Daseins?

Der neueste Roman Klara Viebig's nennt sich „Das tägliche Brot“. (Zwei Bände, im Verlag von Fontane & Komp., Berlin.) Die Handlung dreht sich um das Schicksal zweier

Mädchen, beide aus einem Dorfe in Mecklenburg, die zu gleicher Zeit sich aufmachen, um in Berlin als Diensthofen ihren Unterhalt zu finden. Mine heißt die Eine. Sie ist einfach, gutherzig, ehrlich und arbeitsam; die älteste Tochter einer Bauernfamilie, die zu leben hat, aber knapp, soll sie hinaus, um für sich selber zu sorgen, denn der Mäuler sind zu viele in ihres Vaters Hause. Aber sie soll auch an ihre Eltern denken: „Kuck, daß du zu was kommst, schick brav heeme und bleib gesund“ — sagt die Mutter zum Abschied, und der Vater giebt der Tochter den Rath: „Geh ooch zur Kirche, Mine. Spar fleißig und schick gleich heeme!“

Ihre Dorfgenossin, die Bertha, ist anderer Art. Ihre Mutter ist Hebamme, die ein gut Stück Geld verdient. Nicht die Noth und die Sorge um die Familie treibt die Tochter in die große Stadt, aber Bertha ist hübsch, nach ihrer Meinung viel zu schade für die steifen Bauernjungen; sie ist leichten Sinnes und in der Hauptstadt hofft sie ihr Glück zu machen. Dienstmädchen bleibt sie gewiß nicht, sie wird in Berlin Verehrer haben und schöne Kleider und — das ist ihre Leidenschaft: Lektoreien, so viel sie will.

Die beiden Mädchen suchen in Berlin den Onkel der Mine auf, der dort in der Göbenstraße einen Kellerkram unterhält, womit seine Frau das Gewerbe einer Gefindermittlerin verbindet. In diesem Keller und seinen Bewohnern, der Familie Reschke, führt uns Frau Viebig ein Stück kleinbürgerlichen Lebens, ein Stück sozialer Mittelstandsfrage vor in packender Anschaulichkeit. Hier in den engen und dunklen Räumen spielt sich ein Theil der großen sozialen Umwälzung ab: der wirtschaftliche Zerfall des Kleinbetriebs, verbunden mit dem geistigen und sittlichen Rückgang des Kleinbürgertums. Da ist zunächst das Ehepaar Reschke. Er: gutmüthig und beschränkt, mehr Hausknecht als Geschäftsinhaber; sie: die leitende Hand des Ganzen, immer auf den Pfennig bedacht, durchtrieben und roh. Dann ein achtzehnjähriger Schlingel

Hoffnung Ausdruck, daß dieselben nie wieder, wie vielleicht früher, ihren Männern Vorwürfe machen würden, weil sie sich organisiert und sich nicht unterwürfig geduckt hätten, kurzum, weil sie der Arbeiterbewegung gegenüber ihre Pflicht gethan. Vielmehr würden auch die Frauen mit den Männern kämpfen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Genossin Zieg betonte, daß das letzte Weihnachtsfest des zur Miste gehenden Jahrhunderts für alle Festtheilnehmer ein denkwürdiges geworden sei, allerdings in anderem Sinne, wie die Unternehmer es gewünscht und gewollt. Die Herren hätten sich nicht durch die Noth und das Glend der Arbeitlosen rühren lassen, selbst jetzt nicht, wo sie dem „Stille Nacht, heilige Nacht“ lauschen und Jeder weicheren Regungen zugänglich ist. Aber die organisierten Arbeitenden hätten sich der organisierten Ausgesperrten angenommen. „Wir riesen, und sie alle, alle kamen“, um zu spenden. Organisierte Fabrikarbeiter, Schlosser, Seeleute, Kohlenarbeiter, Buchdrucker, Zimmerer, Maurer u. s. w. steuerten für die Bescherung bei. Arme Witwen brachten ihr Scherlein, das Gleiche that ein alter Mann, der nur von seinen paar Mark Altersrente lebt. Kinder gaben ihr Domgeld, Niemand wollte zurückstehen. Alle Erwachsenen betrachteten ihre Zugehörigkeit zur Organisation als ihre Ehre, denn alle verlangten auf ihrer Quittung den Vermerk: Von den Organisirten, für die Organisirten. Ein herrlicher Beweis von Solidarität! Aber auch ein Beweis von der Macht der Solidarität! Was hätte der Einzelne wohl vermocht mit seinen paar Pfennigen? So gut wie nichts!! Aber die Gaben von allen thürmten sich zum großen Haufen. Genossin Zieg schloß mit der Mahnung, die Mütter möchten der Schaar lieber Kinder, denen sicher dieses Fest noch lange in Erinnerung bleiben werde, den Gedanken der Solidarität klar machen. Geschehe dies, so werde dies Weihnachtsfest nicht nur allen eine große reine Freude gewesen sein, sondern es werde der ganzen Hamburger Arbeiterschaft zum Vortheil gereichen. Genossin Kähler führte aus, daß die Ausgesperrten wiederum gesehen hätten, wie wenig sie sich auf das „gute Herz“ der herrschenden Klasse verlassen könnten. In wenigen Stunden erkönte von Kanzeln und Thürmen das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Aber die Herren Unternehmer sehen kalten Blutes zu, wie ausgesperrte Familienväter seit Monaten arbeits- und brotlos umherirren. Ja mehr noch, erst vor wenigen Tagen, gleichsam am Vorabend des „Festes der Liebe“, wurden wieder eine Anzahl Arbeiter entlassen, obgleich genügend Beschäftigung vorhanden war. Wollen wir uns aus den Banden des Kapitalismus befreien, so endigte die Rednerin, dann dürfen wir nur auf die eigene Kraft zählen, auf die Macht einer

guten, starken Organisation. — Zwischen den einzelnen Ansprachen sowie am Schluß derselben ließ der „Gemischte Chor“ schöne Lieder erklingen. Darauf erfolgte die Vertheilung der Gaben. Für jeden Ledigen waren 30 Mark, für jeden Verheiratheten 40 Mark und für jedes Kind 8 Mark bestimmt worden. Dazu erhielten die Kinder prächtige Spielsachen und gute Kleidungsstücke, die schon vorher von den Genossinnen Pionetti, Semmel, Lichtenberg, Ramm, dem Genossen Kieger und Anderen — die sich in lebenswürdigster Weise für den Tag zur Hilfeleistung erboten hatten —, nach Alter und Geschlecht der zu beschenkenden Kinder einer jeden Familie geordnet worden waren. Eine reiche Menge von Lebensmitteln und Anweisungen auf solche gelangte ebenfalls zur Vertheilung. So hatte z. B. ein Bäckermeister 100 Bonds für Brote à 45 Pfennig gespendet. Die Kleidungsstücke für die Erwachsenen wurden verlost, weil sie von verschiedenem Werthe waren. Die Genossen Arnold und von Elm hatten die Vertheilung des Geldes und die Registrirung der Gaben übernommen. Ungefähr die Hälfte der eingelaufenen Summe sowie der Sachen konnte zurückgestellt werden für Ausgesperrte, die sich erst später noch meldeten und die am Neujahrstage bedacht wurden. Im Ganzen waren es 60 Familien mit etwa 120 Kindern und 18 ledige Männer, denen die Hamburger Arbeiterschaft ein frohes Weihnachts- bzw. Neujahrtsfest bereitere und von deren Schwelle sie wenigstens während dieser Tage die Noth bannte. Sollte diese That der Solidarität den Herren vom Scharfmacher-Verbande nicht eine Warnung sein? Fast jeder von ihnen möchte, um mit Franz Moor zu sprechen, „die Blässe der Armuth und slavischer Furcht“ zur Leibfarbe wählen, um die Arbeiter mit solcher Livree zu kleiden. Und daher hassen sie die Organisation. Statt aber die Organisationen durch den aufgezwungenen Kampf zu vernichten oder zu schwächen, sind diese bedeutend gestärkt worden. Statt die Arbeiter zu entmuthigen, trieben sie dieselben zu einem um so festeren Zusammenschluß. Die Weihnachtsfeier war ein flammender Protest gegen Unternehmervillkür und Terrorismus und gleichzeitig ein Triumph der Solidarität!

Mögen die Herren in ihrem Handelskammerbericht sich auch brüsten, daß der große Ausstand der Werftarbeiter — soll heißen: Aussperrung der Werftarbeiter — gescheitert sei in Folge des festen Zusammenhaltens der Arbeitgeber. Unter dem Banner der Solidarität, um das sich die Arbeiter immer mehr und immer fester schaaren, werden diese trotz aller Bekämpfung und Verleumdung von Sieg zu Sieg eilen, bis die letzte Schlacht geschlagen ist, die den Kapitalismus in den Sand streckt. Louise Zieg.

von Sohn, der Stolz und die Hoffnung der Alten, der durchaus zum „Doktor“ gemacht werden soll, aber zum Lernen weder die Gabe noch die Lust hat; eine Tochter, Verkäuferin bei Wertheim, hübsch, püßlich und leichtfertig; eine jüngere Tochter, ein armes bresthaftes Wesen, das für die kargen Bissen und vielen Schläge zu Hause Erholung sucht in den verückten Leebungen der Heilsarmee; endlich die Jüngste, ein hoffnungsvolles Pflänzchen von sieben Jahren, die alle Eingestängellieder auswendig kann und die Deine wirft wie eine ausgelehrte Tänzerin. Das Alles schiebt und stößt sich herum da unten in den wenigen engen und dunklen Kellerräumen, keines befriedigt von sich und den Anderen, jedes angewidert von dem Glend, dem Schmutz und dem Duff in dem Loche, das sich „häusliches Heim“ nennt, Jedes darauf bedacht, herauszukommen aus der Tiefe und Enge, wo keine Lust, kein Licht und keine Liebe ist.

In diesem Keller steigen die nach Berlin kommenden Mädchen, die Mine und die Bertha, mit ihren armen Habseligkeiten ab, hierher lehren sie zurück, wenn ihr wechselvolles Schicksal sie auf die Straße wirft. Bertha, die Schöne und Kecke, findet sich in Berlin bald zurecht. Die Herrschaften reißen sich um das schmutzige und anstellige Mädchen, die Männer lassen das frische und ausgegessene Ding nicht in Ruhe — aber sie hält es nirgend lange aus, weder bei den Herrschaften, noch bei ihren Liebsten. Ihr Geld legt sie an in Pug, in Naschereien und bald in „Süßen“, das will sagen: in Schnaps, der sie bald ganz unterkriegt; sie war Büffetdame und dann noch Schlimmeres, bis auch die Nachsichtigsten unter ihren Freundinnen nur noch mit Abscheu von ihr reden.

Mine, die Gutmüthige, Sparsame und Arbeitslustige, weiß sich weniger gut in die Welt zu schicken. Sie wird umhergestoßen und ausgegüht, und in einer Stunde, wo sie sich von Gott und den Menschen verlassen fühlt, ergiebt sie sich Arthur Reschke, der die Schulmappe von sich geworfen hat und sich im väterlichen

Keller vorbereitet auf die dereinstige Uebernahme des Geschäfts. Ein merkwürdiges Verhältnis: der halbstudirte Großstadtjunge und die schwerfällige Bauernbirne, aber beide in einer Lage, die ihre Zuneigung erklärlich erscheinen läßt: unbefriedigt, haltlos, fremd und einsam in ihrer Umgebung. Mine wird Mutter eines Kindes, ihr windiger Liebster, der unterdeß für fünfzig Mark den Monat Schreiber bei einem Advokaten geworden ist, brückt sich vor seinen Verpflichtungen. Wie nun das arme Weib, von Allen verlassen, die folgenden Jahre den bitteren Kampf mit dem Leben für sich und ihr Kind durchsieht; wie sie in ihrer höchsten Noth den schweren Gang zu ihren Eltern unternimmt und, dort abgewiesen, weiter kämpft und weiter leidet; wie sie, unterdeß mit Arthur verheirathet, auch noch für diesen schlappen Gefellen, der sich für „gewöhnliche“ Arbeit zu gut dünkt, mitzusorgen hat — das zeigt uns das arme beschränkte Weib auf einer Höhe der Helbenhaftigkeit, der Lebens- und Lebensfähigkeit, wie sie nur ein Weib zu erreichen vermag, wie sie aber auch nur ein Weib, eine Dichterin, zu schildern vermag.

Mit der Familie Reschke geht es schlechter und schlechter. Der Mann wird älter und lässiger, die Frau büßt an Jungensfertigkeit und Liebenswürdigkeit ein, und die Kunden wenden sich eine nach den anderen größeren und moderneren Geschäften, die sich in der Nähe ansiedeln, zu. Dazu kommen die Vorfälle in der Familie: die Heirath Arthurs mit Mine, der Bauernbirne, frist wie ein Wurm am Herzen der Alten; Trude, die Älteste, ist auf und davongegangen, dahin, wohin in Berlin leichte und schöne Mädchen gehen; Grete, das arme gebrechliche Wesen, ist gestorben, an einem regnerischen Abend, bei der Rückkehr von der Heilsarmee hat sie sich den Tod geholt; nur Ella, die Jüngste, ist den Eltern geblieben, sie lacht und singt und tanzt wie immer, aber die Alten kann's nicht trösten in ihren geschäftlichen und seelischen Nothen. Eines Tages kommt der Schlag, mit dem sie

## Nofizentheil.

(Von Kitty Braun und Klara Belkin.)

### Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrsweſens.

**Ausdehnung der Frauenarbeit im preußiſchen Eiſenbahndienſt.** Die berüchtigte Sparpolitik des Eiſenbahnminiſters v. Thielen öffnet den Frauen ein neues Erwerbsgebiet. In den Bezirken Berlin, Köln und Breslau werden „verſuchsweiſe“ Frauen bei der Güterabfertigung verwendet. Der Verſuch wird ſich bewähren, wie ſich die Verwendung von Frauen als Schrankenwärter, Streckenarbeiter, Wagenputzer, Telegraphiſten, Fahrkartenausgeber bewährt hat. Wird doch die Einſtellung weiblicher Arbeitskräfte bei der Güterabfertigung jene Folge zeitigen, welche für die Beurteilung der Neuerung ſeitens der Eiſenbahnverwaltung in erſter Linie maßgebend iſt. Die Ueberſchüſſe werden ſteigen, weil die verwendeten Frauen niedrige Entlohnung erhalten und ihre Beſchäftigung auf den Lohn der Männer drückt. Dadurch, daß Frauen bei der Fahrkartenausgabe verwendet werden, iſt z. B. der Durchſchnittslohn der Fahrkartenausgeber nachweisbar heruntergedrückt worden. Der Staat übt den ausgebeuteten Arbeitskräften gegenüber — mögen ſie mit der Hand oder dem Hirn thätig ſein — die ſchäbigſten Kapitaliſtenpraktiken.

### Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

**Wie nothwendig der Beitritt der Arbeiterinnen zur Gewerkschaft iſt,** das führte auf der Konferenz des 21. Gauſ des Holzarbeiterverbandes, die im Dezember zu Bamberg tagte, ein Delegirter aus Nürnberg eingehend und überzeugend aus. Er zeigte an vielen Beiſpielen, welche wichtige Rolle die Frauenarbeit heute in manchen Zweigen der Holzinduſtrie ſpielt. In der Pinſel-, Bleiſtift- und Kammfabrikation werden immer mehr Frauen und Mädchen verwendet. In der Pinſelinduſtrie iſt es z. B. ein Ding der Unmöglichkeit, einen Lohnkampf zu führen, wenn nicht auch die weiblichen Arbeiter als aufgeklärte und entſchloſſene Mitstreiterinnen Theil an ihm nehmen. Der betreffende Delegirte befürwortete deſhalb nachdrücklichſt, daß unter den Arbeiterinnen der Holzinduſtrie eine eifrigere Agitation als ſeither betrieben werde, damit ſie über ihre traurige Lage aufgeklärt und dem Verband zugeführt würden, aber auch der

ſich als unvermeidbar ſchon halb und halb abgefunden haben: die Familie Meſchte wird, nachdem das letzte Stück Möbel verkauft und der letzte Reſt von Borräthen verfauf war, aus dem Keller geſetzt.

Und da iſt es Mine, die Vielgeſchmähte, die den Alten für ihre ſpäten Tage einen Unterſchlupf gewährt. Es iſt ihr gelungen, ihrem Manne eine Hausverwalterſtelle zu verſchaffen, mit einer guten Wohnung und einem leidlichen Einkommen, das ſie noch durch eigene Arbeit vermehren kann. So endet der Roman nach einer trüben Folge von Leiden und Kämpfen für die Leberlebenden noch halbwegs befriedigend — das wirkliche Leben geht nicht immer ſo ſchonend zu Werke!

Das iſt in Kürze der Hergang des neueſten Romans von Klara Wiebig, den die Verfaſſerin in einem Briefe an den Schreiber dieſer Zeilen ihren „erſten ſozialen Verſuch“ nennt. Niemand wird Frau Wiebig die Anerkennung verſagen, daß ihr „Verſuch“ gelungen, und zwar gut gelungen iſt. Es iſt kein ſozialer Tendenzroman. Frau Wiebig ſchildert die Dinge, wie ſie ſie ſieht, ohne Schminke und Schmeichelei nach der einen oder anderen Seite. Wer ſich über die Dienſtbotenfrage unterrichten will, der wird darüber im Leben und in der ſozialpolitiſchen Literatur mehr und Genaueres erfahren, als aus Klara Wiebig's Roman, und das Gleiche iſt es mit dem Weſen und Bergehen des Kleinbetriebes. Wer aber dieſe ſozialen Verhältniſſe an glücklich erfaßten Vorgängen aus der Wirklichkeit wahr und anſchaulich ſchildert, wer das Leben, das die Wiſſenſchaft mit Thatſachen und Zahlen abthut, auch in dichterischer Vertiefung ſehen will, der leſe Klara Wiebig's Buch. Die Szene, wie Mine in ihrer höchſten Bebrängniß mit ihrem Kinde zu ihren Eltern wandert, wie ſie dort abgewieſen wird und wieder von dannen geht, dieſes iſt mit einer tragischen Kraft ohne Gleichen geſchildert, und die Hochzeitfeier Mines mit Arthur iſt ein Kabinetsſtück des Humors. Solcher Glanzpunkte finden ſich viele in dem Buche.

Organisation erhalten blieben. Zu dieſem Zwecke müßten vor Allem leiſchfaßliche Flugblätter geſchrieben und in Maſſen unter den Nürnberger Arbeiterinnen verbreitet werden zc. Die gemachten Vorſchläge wurden von der Konferenz ſympathiſch ausgenommen und dem Gauvorſtand zu Nürnberg überwieſen. Die verhängnißvolle Schmutzkonkurrenz der unaufgeklärten und unorganifierten Arbeiterinnen predigt den Arbeitern eindringlichſt, daß ſie nur ihr eigenes Intereſſe wahren, wenn ſie mit aller Kraft für die Organifiierung der weiblichen Arbeitskräfte eintreten. Und die Vortheile, welche die Organifiierung bringt, lehrt den Arbeiterinnen anſchaulich, daß ſie nur ihr eigenes Wohl fördern, wenn ſie ſich der Gewerkschaft anſchließen. Lg.

**Die dänischen Konfektionsarbeiterinnen** organiſiren ſich. Der Verband der Näherinnen hat leztthin in Kopenhagen fünf öffentliche Verſammlungen einberufen, die ſich mit den Verhältniſſen der Arbeiterinnen dieſes Faches befaßten. Die in der Herrenkonfektion beſchäftigten Arbeiterinnen ſind gut organiſirt und haben im vorigen Jahre den Unternehmern gegenüber einen Akkordtarif durchgeſetzt, der ihnen eine Lohnerhöhung von über 25 Prozent gebracht hat. Der Verband der Herrrenſchneiderinnen hat über 1000 Mitglieder, dagegen iſt es mit der Organifiierung der Wäſche-, Blouſen-, Mäntel- und Handſchuhbranche noch ſehr ſchlecht beſtellt, und dementsprechend ſind die Lohnverhältniſſe ſehr traurige. Allgemein herrſcht hier die Heimarbeit. Der Wochenverdienſt beläuft ſich auf 6 bis 8 Kronen (6,70 bis 9 Mk.) bei angeſtrengteſter Thätigkeit. Die Verſammlungen waren gut beſucht und haben den Erfolg gehabt, daß ſich ein großer Theil der Anweſenden der Organifiierung anſchloß.

**Gewerkschaftlich organiſierte Arbeiterinnen im Staate New York.** Ende September 1900 waren neben 233500 männlichen 11832 weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften des Staates New York. Während ſeit Juni 1900 die Zahl der männlichen Organifierten um 3270 gefallen war, iſt die Zahl der weiblichen um 1050 geſtiegen. Ende September 1900 waren 6282 Konfektions- und Textilarbeiterinnen, 7 Arbeiterinnen im Transportgewerbe, 754 in Buchdruckereien beſchäftigt, 3907 in der Tabakinduſtrie thätig, 477 in Theatern und Muſikkapellen wirkende, 386 ſich im Gaſtwirthſgewerbe bethätigende und 19 in anderen Berufen wirkende Arbeiterinnen organiſirt. In den Gruppen Baugewerbe, Metall- und Maſchineninduſtrie, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und in den Holzinduſtrien waren keine organiſierten Arbeiterinnen gezählt worden. b—n.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

**Lohnverhältniſſe der Berliner Arbeiterinnen.** Das Statiſtiſche Amt der Stadt Berlin hat im Herbit 1897 eine Erhebung über die Löhne der Berliner Arbeiterſchaft veranſtaltet, bei welcher auch die Lohnverhältniſſe der Arbeiterinnen beſonders berückſichtigt worden ſind. Die Ergebniſſe der Erhebung ſind im neueſten „Statiſtiſchen Jahrbuch der Stadt Berlin“ veröffentlicht worden. Bereits in früheren Jahren hatte die Gemeinde-Deputation des Magiſtrats zu Berlin in Gemeinſchaft mit dem Statiſtiſchen Amt ähnliche Enqueten veranlaßt und ihre Ergebniſſe in den Jahren 1887, 1888 und 1891 veröffentlicht. Die betreffenden Aufnahmen beſtanden zum Theil nur in gutachtlichen Aeußerungen über die Lohnhöhe, zum anderen Theile in ſtatiſtiſchen Mittheilungen der wirklich gezahlten Löhne und der Zahl der Arbeitskräfte. Solche Angaben lagen jedoch in der Regel nur von Großbetrieben vor, da dieſe allein bei der Vertheilung von Fragebogen berückſichtigt worden waren. Die Ergebniſſe der früheren Aufnahme waren deſhalb ſehr lückenhaft und durchaus nicht immer zuverlässig, ihre Bearbeitung war ſchwierig und ungleich. Um die Mängel zu vermeiden, welche durch dieſe Umſtände bedingt waren, wurde für die Erhebung von 1897 lediglich der Weg der Enquete gewählt. Zur Ausfüllung der Fragebogen wurden nur Vereine, Krankenkaffen und Innungen, nicht aber die Betriebe aufgefordert. Es erfolgten außerdem mündliche Befragungen über Einzelheiten, um eine Klärung ſich widerſprechender Angaben auf den Fragebogen zu erzielen. Leider wurde dieſer Zweck nicht erreicht.

Der umfangreichen Tabelle, die als Ergebniß der Erhebung von 1897 im neueſten Statiſtiſchen Jahrbuch veröffentlicht iſt, entnehmen wir die folgenden Angaben über den durchſchnittlichen Jahresverdienſt der Berliner Arbeiterinnen. Im Jahresdurchſchnitt ſollen verdient haben:

1. Im Gärtnerbetriebe: Binderinnen aller Art 1043 Mk.;
2. in der Metall- und Maſchineninduſtrie: Gold- und Silberpolirerinnen 511 Mk., Vernicklerinnen, Galvanifurinnen und Balancierarbeiterinnen 473 Mk.;
3. in der Textinduſtrie: Spulerinnen und Gaſpplerinnen 399 Mk., Strickmaſchinen- und Rundſtuhlarbeiterinnen 338 Mk.,

Strumpfformerinnen 400 Mk., Posamentier- und Goldwaarenhandarbeiterinnen 462 Mk., Hand- (Phantasie-) Arbeiterinnen 660 Mk.;

4. in der Papier-, Leder- und Gummiindustrie: Papier-, Kontobuch- und Kartonarbeiterinnen 508 Mk., Vorrichterrinnen und Stepperinnen 650 Mk., Gummiarbeiterinnen 450 Mk.;

5. in der Holzindustrie und Drechslerei: Bilderrahmenarbeiterinnen 575 Mk., Möbelpolirerinnen 504 Mk., Vergolderinnen, Versilberinnen und Belegerinnen 591 Mk.;

6. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie: Ladenmädchen 806 Mk., Tabak- und Zigarrenarbeiterinnen aller Art 564 Mk.;

7. in der Bekleidungsindustrie: Schneiderinnen 457 Mk., Plätterinnen 686 Mk., Wäschenäherinnen 486 Mk., Wäscherinnen 558 Mk., Stickerinnen 650 Mk., Stempelerinnen 665 Mk., Kleberinnen, Kartonirerinnen 575 Mk., Zuschneiderinnen 650 Mk., Knopflochhandarbeiterinnen 354 Mk., Knopflochmaschinenarbeiterinnen 700 Mk., Handarbeiterinnen aller Art 664 Mk., Hutgarnirerinnen 700 Mk., Hutspinnerinnen 576 Mk., Hutstepperinnen 456 Mk., Mägenarbeiterinnen 476 Mk., Wamsel in der Pelzbranche 580 Mk., Handschuh- und Hosenträgerarbeiterinnen 354 Mk., Schuhstepperinnen 654 Mk.;

8. in Druckereien und photographischen Anstalten: Anlegerinnen 780 Mk., Punktirerinnen 832 Mk., Vogensängerinnen 442 Mk., Retoucheusen, Kopirerinnen und Empfangsdamen 780 Mk.;

9. ungelernete Arbeiterinnen aller Art 467 Mk.

Es ist eine Statistik des Glends in des Wortes buchstäblichster Bedeutung, die uns in den mitgetheilten Zahlen vor Augen tritt. Von 39 Arbeiterinnenkategorien hatten nur 25 einen durchschnittlichen Jahresverdienst von über 500 Mk. Unter diesen „bessergestellten“ Gruppen finden wir nur 5, deren Angehörige wir gewissermaßen als „Aristokratinnen“ unter den Arbeiterinnen ansprechen dürfen; weil sie aus ihrem Arbeitseinkommen pro Tag mehr als 2 Mk. zu verzehren haben. Es sind die Binderinnen mit 1043 Mk., die Punktirerinnen mit 832 Mk., die Ladenmädchen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 806 Mk. und die Anlegerinnen, sowie die Retoucheusen, Kopirerinnen und Empfangsdamen in photographischen Anstalten mit je 780 Mk. durchschnittlichem Jahresverdienst. Ihnen reihen sich die beiden Kategorien der Knopflochmaschinenarbeiterinnen und Hutgarnirerinnen mit einem Durchschnittseinkommen von 700 Mk. pro Jahr an. Acht Gruppen von Arbeiterinnen verdienen jährlich im Durchschnitt 600–700 Mk. Es sind dies: Plätterinnen, Stempelerinnen, Handarbeiterinnen aller Art in der Bekleidungsindustrie, Handarbeiterinnen in Phantasieartikeln, Zuschneiderinnen, Vorrichterrinnen und Stepperinnen in der Papier-, Leder- und Gummiindustrie, Stickerinnen und Schuhstepperinnen. Den höchsten Verdienst von ihnen erzielen die Plätterinnen mit 686 Mk., mit dem niedrigsten müssen sich die Schuhstepperinnen begnügen, nämlich mit 654 Mk. Einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 500–600 Mk. haben 10 Arbeiterinnengruppen: Vergolderinnen, Wamsel der Pelzbranche, Hutspinnerinnen, Kleberinnen und Kartonirerinnen in der Bekleidungsindustrie, Bilderrahmenmacherinnen, Tabak- und Zigarrenmacherinnen, Wäscherinnen, Gold- und Silberpolirerinnen, Papier-, Kontobuch- und Kartonnagenarbeiterinnen und Möbelpolirerinnen. Das jährliche Arbeitseinkommen schwankt in dieser Gruppe zwischen 591 Mk. für die Vergolderinnen und 504 Mk. für die Möbelpolirerinnen. 14 Arbeiterinnenkategorien bleiben mit ihrem Jahreseinkommen unter 500 Mk. zurück, davon verdienen 14 von 400–500 Mk. und 4 sogar unter 400 Mk. Die verhältnißmäßig „Glücklichen“, welche es im Jahre auf 400 bis 500 Mk. bringen können, sind: Wäschenäherinnen, Mägenarbeiterinnen, Galvaniseurinnen und Balancierarbeiterinnen, ungelernete Arbeiterinnen aller Art, Posamentier- und Goldwaarenhandarbeiterinnen, Schneiderinnen, Hutstepperinnen, Gummiarbeiterinnen, Vogensängerinnen und Strumpfformerinnen. Den höchsten Verdienst haben von diesen 10 Kategorien die Wäschenäherinnen mit 486 Mk., den niedrigsten die Strumpfformerinnen mit 400 Mk. Unter die angegebenen Löhne, die ohne jede Uebertreibung als Hungerlöhne bezeichnet werden müssen, sinkt noch der durchschnittliche Jahresverdienst der Spulerinnen und Hasplerinnen mit 399 Mk., der Handschuh- und Hosenträgerarbeiterinnen, sowie der Knopflochhandarbeiterinnen mit 354 Mk. und der Strickmaschinen- und Rundstuhlarbeiterinnen mit 338 Mk. Wenn man dem angegebenen Jahresverdienst der Arbeiterinnen in Berlin den Preis der notwendigsten Lebensbedürfnisse daselbst gegenüberstellt, so drängt sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Ueberzeugung auf, daß die weitaus größte Mehrzahl der Lohnflavinnen zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben erhält. Vorausgesetzt, daß man

unter Sterben nur einen raschen Tod und nicht das langsame, vorzeitige Welken und Absterben in Folge der bittersten Entbehrungen versteht. Zehntausende von Berliner Arbeiterinnen, soweit sie für ihre Existenz ausschließlich auf ihren Verdienst angewiesen sind, leben nicht, sie vegetiren und kümmern dem Tode entgegen. Die Ausbeutung raubt ihnen alles, was das Leben lebenswerth macht und bebüdet sie mit den höchsten Sorgen, den bittersten Leiden. Die Ergebnisse der Enquete erheben eine furchtbare Anklage wider die heutige Gesellschaftsordnung und fällen ein vernichtendes Urtheil über sie.

### Familienrecht.

Die Erforschung der Vaterschaft in Frankreich, die bekanntlich durch den Code civil verboten ist, soll durch ein Gesetz eingeführt werden. Der entsprechende Entwurf, der von der Kammer seinerzeit einer Kommission zur Prüfung überwiesen wurde, ist kürzlich von dieser berathen und angenommen worden. Der Entwurf spricht als allgemeinen Grundsatz aus, daß die Erforschung der Vaterschaft gestattet sein soll. Doch werden zwei Fälle unterschieden. Die Zuerkennung der Vaterschaft soll obligatorisch sein, wenn das Kind die Frucht eines Menschenraubs, der Nothzucht, der Verführung einer Minderjährigen ist. Fakultativ ist die Feststellung der Vaterschaft im Falle der Verführung oder des Eheversprechens, vorausgesetzt, daß hier wenigstens zum Theil ein schriftlicher Beweis geführt werden kann. Weiter kann die Feststellung der Vaterschaft gefordert werden, wenn das Zusammenwohnen des Vaters und der Mutter notorisch ist, sowie wenn der Vater den Unterhalt oder die Erziehung des Kindes bestreitet. Untersagt ist die Erforschung der Vaterschaft, wenn der angebliche Vater jünger und die Mutter älter als 18 Jahre ist. Die Mutter hat die Klage in der Frist eines Jahres, gerechnet von der Geburt des Kindes, anzustrengen, und im Falle des Bruches eines Verhältnisses in der Frist eines Jahres nach diesem Bruche. Wenn die Mutter ohne triftigen Grund die Klage unterläßt, darf der Familienrath einen Vormund dazu berechtigen. Bei der Berathung des Antrags wurde in der Kommission auch die Anregung gegeben, eine besondere Bestimmung über die ehebrecherische Vaterschaft zu treffen. Doch wurde eine Einigung über diesen Punkt noch nicht erzielt. Der Entwurf des Gesetzes ist von dem Sozialisten Viviani abgefaßt und mit großer Wärme wie überzeugenden Gründen vor der Kommission verteidigt worden. Wie ungeheuer wichtig die zu schaffende Reform ist, das zeigen folgende Ziffern. Von den 73785 unehelichen Kindern, die 1899 in Frankreich das Licht der Welt erblickten, wurden nur 21821 anerkannt, 51957 aber nicht anerkannt. Im Departement der Seine allein, zu dem Paris gehört, zählte man auf 18919 uneheliche Geburten nur 5791 anerkannte und 13128 nicht anerkannte Kinder. Mit den jährlichen Geburtenziffern verglichen ergibt sich, daß etwas über ein Zehntel der geborenen Kinder in ganz Frankreich und mehr als ein Viertel im Departement der Seine uneheliche sind. Bekanntlich ist die Sterblichkeit der unehelichen Kinder eine besonders große und steigt im Allgemeinen um so mehr, je weniger Pflege und Fürsorge die ledige Mutter dem Säuglinge angedeihen lassen kann. Frankreich aber leidet an einem sehr geringen Bevölkerungszuwachs, bezw. an einem Rückgang der Geburten. Die Erforschung der Vaterschaft, die zahlreichen unehelichen Kindern wenigstens ein Mindestmaß an Unterhaltsmitteln sichert, wird deshalb von Vielen als eines der Mittel ins Auge gefaßt, um den Bevölkerungszuwachs Frankreichs zu heben. In der Folge liegen die Aussichten für die Annahme des Entwurfs durch die Kammer und den Senat ziemlich günstig. Daß das jetzt geltende Verbot der Nachforschung nach der Vaterschaft eine Barbarei und Ungerechtigkeit ohnegleichen bedeutet, daß die schwerwiegendsten moralischen Gründe für die beantragte Reform sprechen, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren.

### Frauenstimmrecht.

Eine Massenversammlung der Anhänger des Frauenstimmrechts fand Ende November in Washington (Vereinigte Staaten) statt. Diese Stadt, in der das oberste Parlament der nordamerikanischen Union seinen Sitz hat, war als Ort der Versammlung gewählt worden, weil mehrere Abgeordnete — Vertreter der verschiedensten Parteien — über das Thema sprachen: „Was hat meine Partei für das Frauenstimmrecht gethan?“

Die Einführung des Frauenstimmrechts in Neu-Süd-Wales (Australien) will der Ministerpräsident beantragen. Die Stimmung weiter Bevölkerungskreise soll der Neuerung günstig sein.

Das Frauenstimmrecht für die Wahlen zum Oberhause in Süd-Australien wollte die Regierung dieser englischen Kolonie einführen. Allerdings für den Anfang nur ein beschränktes Frauen-

wahlrecht. Das Wahlrecht zum Oberhause sollte nämlich jedem Haushaltungsvorstand ohne Unterschied des Geschlechts zufallen. Der entsprechende Regierungsentwurf wurde jedoch vom Oberhause verworfen.

### Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Die **Betheiligung der österreichischen Genossinnen an der Wahlbewegung**, von der wir bereits berichteten, ist bis zu Ende eine äußerst rege geblieben. In Wien fanden fast täglich politische Frauenversammlungen statt oder Wählerversammlungen, in denen Frauen referirten. Die Frauenversammlungen waren stets gut, oft glänzend besucht; die Zuhörerinnen — fast ausschließlich Proletarierinnen — folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen der Rednerinnen, welche das sozialdemokratische Programm entwickelten und Wesen und Haltung der bürgerlichen Parteien einer scharfen Kritik unterzogen. Selbstredend erörterten sie besonders eingehend die sozialdemokratischen Forderungen, welche im Interesse der Proletarierinnen liegen und der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gelten. Die Versammlungen bewiesen, wie die bürgerlichen „Dokumente der Frauen“ erklären: „daß in Wien, welches ja heute weit und breit für die Stadt geistiger Versumpfung gilt, breite Schichten der weiblichen Arbeiterschaft zu politischem Verständniß erwachen und nicht nur an dem Kampfe ihrer männlichen Klassengenossen thätigen Antheil nehmen, sondern auch immer weiter vordringen in der Erkenntniß, daß sie selber nothwendig der politischen Rechte und der politischen Bethätigung bedürfen, um ihre materiellen und geistigen Interessen zu fördern.“ Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen waren auch zahlreich in den Wählerversammlungen vertreten, ebenso wie Genossinnen in solchen referirten. Auch an der agitatorischen und sonstigen Kleinarbeit, welche die Wahlbewegung mit sich bringt, nahmen die Genossinnen einen sehr regen Antheil, und in Sektionen, Kommissionen etc. entwickelten sie neben den Genossen eine äußerst rührige Thätigkeit. Die als Rednerinnen bekannten Genossinnen vermochten den Aufforderungen zum Abhalten von Versammlungen, zumal auch in der Provinz, nicht zu genügen. In Wien, Niederösterreich und Steiermark, wie in Böhmen, Mähren und Schlesien haben unsere Genossinnen im Wahlkampfe ihre volle Schuldigkeit gethan, die erungenen Erfolge sind auch ihr Werk. Ehre den energischen, opferfreudigen Kämpferinnen!

Der **sozialistische Frauenkongreß**, welcher am 20. Januar in Gent stattfindet, hat folgende Tagesordnung: 1. Bericht über den sozialistischen Frauenkongreß zu Brüssel (1900). 2. Geschichtlicher Rückblick auf die proletarische Frauenbewegung in Belgien. 3. Die bürgerrechtliche Erziehung der Frauen. 4. Die Nachforschung nach der Vaterschaft. 5. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten. 6. Mittel und Wege der Agitation gegen den Militarismus. 7. Das Frauenwahlrecht zu den Provinzial- und Gemeinderäthen. 8. Die Beschwerdef Kommission. 9. Agitation, um die Frauen als Mitglieder den verschiedenen Verbänden zuzuführen. 10. Organisation eines Landesverbandes der sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenvereine. 11. Wahl des Landeskomitees. — Der Kongreß, welcher in der Festhalle des „Booruit“ tagt, soll sein reichhaltiges Programm in zwei Sitzungen erledigen. Einberufen und organisiert wird der Kongreß von dem jetzigen Landeskomitee, dem die Genossinnen Gatti de Samond, Eggericy, Waffon, Veroy, Pirson und Vanderhaegen angehören, sowie Genosse Oscar Gilbert als Schriftführer. Das Komitee hat Genossin Jettin zur Theilnahme an dem Kongreß eingeladen. — Unsere herzlichsten Wünsche für erfolgreiche Arbeit den tapferen belgischen Genossinnen. Durch ihr Wirken für die gewerkschaftliche Organisirung der Arbeiterinnen und für die Aufklärung über die sozialistischen Ideale, durch ihren energischen Kampf gegen den Militarismus und für das Frauenwahlrecht haben sie sich um die Sache des Proletariats und des weiblichen Geschlechts hochverdient gemacht. Sie werden jederzeit mit der alten Kraft weiterarbeiten und weiterkämpfen.

### Frauenbewegung.

Die **bürgerlichen Frauen zum politischen Interesse zu wecken und ihr politisches Verständniß zu schulen**, hat der „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ unternommen. Zu diesem Zwecke erläßt der Vorstand der genannten radikalsten frauenrechtlerischen Organisation einen Aufruf, in welchem er allen deutschen Frauen, besonders aber den Frauenvereinen Folgendes empfiehlt: 1. Gleichdenkende Frauen sollen private Vereinigungen bilden, in denen sie Referate über Reichstags- und Landtagsverhandlungen geben und Broschüren über politische Fragen gemeinsam lesen und besprechen. 2. Frauenvereine sollten Redner gewinnen, welche die

Verfassungskämpfe des vergangenen Jahrhunderts historisch beleuchten und die Frauen zum Verständniß der Parteizegenstände führen. 3. Es müssen Kurse über Verfassungskunde eingerichtet werden. 4. Öffentliche Versammlungen zu politischem Zwecke und die Versammlungen der Wahlvereine müßten von den Frauen eifrig besucht werden. Im Aufruf heißt es weiter: „Von diesem den deutschen Frauen durchweg zustehenden Rechte machen die bürgerlichen Frauen wenig oder gar nicht Gebrauch. Hier könnten die Frauenvereine eine bedeutungsvolle Thätigkeit entfalten, wenn sie ihre Mitglieder in den Sitzungen auf solche Versammlungen aufmerksam machten und zu gemeinsamem Besuche aufforderten. Selbstverständlich müßten die Versammlungen der verschiedenen Parteien besucht werden, damit die Frauen Gelegenheit haben sich ein eigenes Urtheil zu bilden.“ Die „Kundgebung an alle deutschen Frauenvereine“ schließt mit der Hoffnung, daß wenn das vorgeschlagene Programm durchgeführt wird, in wenigen Jahrzehnten die unwürdigen Schranken fallen werden, „welche die Frauen heute als Schutzbefohlene und Fremdlinge kennzeichnen“. Der Vorstoß der radikalsten frauenrechtlerinnen, die bürgerlichen Frauen zu politischer Einsicht zu erziehen und zum Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu führen, sündigt gewiß nicht durch Kühnheit und Kraft. Wir begrüßen ihn jedennoch mit aufrichtiger Genugthuung als einen anerkennenswerthen Fortschritt. Welch praktische Mängel den Vorschlägen anhaften, das wird bald die Erfahrung besser als die Kritik lehren. Und die Logik der Thatfachen wird mit zwingender Gewalt dafür sorgen, daß die radikalsten frauenrechtlerinnen bei diesem noch zaghaften und tastenden einen Schritt nach vorwärts nicht stehen bleiben.

Die **christlich-sozialen Frauen Wiens**, die „*Queger-Amazonen*“, wie sie genannt werden, haben während der letzten Wahlbewegung eine fieberhafte Thätigkeit entfaltet, die den übrigen bürgerlichen Frauen — und zwar nicht bloß in Wien — zum Beispiel dienen kann. In allen Bezirken Wiens haben sie zahllose Versammlungen abgehalten, die von Tausenden von Frauen aller Stände besucht waren. Alle Leuchten der christlich-sozialen Partei, in erster Linie Bürgermeister Queger, der „schöne Karl“, sprachen hier und fanden begeisterte Zuhörerinnen. Welch große Bedeutung die Christlich-Sozialen diesen Frauenversammlungen beilegen, das zeigt folgender Ausspruch Quegers: „Daraus, daß ich kaum mehr Männerversammlungen abhalte, sondern fast nur Frauenversammlungen einberufe, können Sie ersehen, was für einen großen Werth ich auf Ihre Agitation im Wahlkampfe lege. Daß ich Bürgermeister von Wien geworden bin, verdanke ich Ihnen, und es hängt wieder nur von Ihnen ab, daß ich jetzt wieder in den Reichsrath gewählt werde. Sie müssen täglich und stündlich agitiren, nicht nur bei Ihren Bekannten, sondern auch in der Früh beim Einlaufen, und da darf der Herr Gemahl nicht böse sein, wenn S' auch eine halbe Stunde länger wegbleiben, und da müssen S' den Kaufleuten sagen, bei denen S' einkaufen, daß sie die christlichen Abgeordneten wählen müssen, sonst entziehen Sie ihnen die Kundschaft, und Sie werden schon aufpassen im Wahllokal, ob sie wirklich christlich wählen, müssen Sie ihnen sagen. Und am Wahltag, da giebt's überhaupt kein Kochen, da gehört die Frau nicht ins Haus, da gehört sie einzig und allein in die Agitation.“ Schließlich forderte Queger die Frauen auf, eifrig für den Wahlfonds zu sammeln. Daß die Aufforderung pünktlich befolgt worden ist, erhellt aus der Mittheilung, daß die Frauen von drei äußeren westlichen Bezirken Wiens dem christlich-sozialen Wahlfonds 12000 Kronen zugeführt haben sollen.

Eine **Hebung der Stellung weiblicher Aerzte in Rußland** hat das Ministerium der Volksaufklärung kürzlich beschlossen. Weibliche Aerzte können nun in allen Erziehungs- und Lehranstalten für Frauen praktizieren und genießen dabei alle Rechte des Staatsdienstes, die den männlichen Aerzten zufallen. Nur bleibt den weiblichen Aerzten in solchen Stellungen die Beförderung in höhere Rangklassen und die Verleihung von Orden versagt.

Ein **weiblicher Professor der Literatur** wurde am Milwaukee Downes Colleges zu Milwaukee ernannt: Fr. Emily Brown. An der nämlichen höheren Lehranstalt wurden noch drei Damen als Lehrerinnen für verschiedene wichtige Unterrichtsfächer berufen.

### Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen.

Den in voriger Nummer veröffentlichten Adressen sind noch folgende beizufügen:

Frau Zeise, Köln a. Rh., Perlengraben 59 IV.  
Frau Behrend, Wilmersdorf bei Berlin, Sigmaringerstraße 30, Etfl. III.

Otilie Baader, Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, Berlin W., Groß-Görschenstr. 38, II. Hof rechts, 3 Tr.